

## Wahlkampf in Bosnien und Herzegowina

*Dr. Christina Catherine Krause*

28. September 2006

Am Sonntag sind etwa 2.7 Mio. Bürger Bosnien und Herzegowinas aufgerufen, sich an den Wahlen zu beteiligen. 36 Parteien, 8 Wahlbündnisse und 12 unabhängige Kandidaten konkurrieren um die Wählergunst. Bereits zum fünften Mal nach Verabschiedung des Dayton-Friedensabkommens – mit dem im November 1995 der Krieg beendet wurde – finden allgemeine Wahlen statt. Die zentralen Ämter des Landes auf drei Ebenen gilt es am 1. Oktober 2006 zu besetzen. Von der Politik der neuen Regierungen wird abhängen, ob Bosnien und Herzegowina nach elf Jahren intensiver Pflege durch die internationale Gemeinschaft als stabiler Staat selbstständig funktionieren kann. Doch der Wahlkampf erinnert einige an die Spannungen zu Beginn der 90er Jahre und konträre Konzepte über die Zukunft des Landes dominieren: während Haris Silajdzic, SBuH, mit dem Slogan „100% BuH“ wirbt und für einen föderalen Staat ohne Entitäten eintritt, fordert Milorad Dodik, SNSD, stärkster Politiker der bosnischen Serben, ein Unabhängigkeitsreferendum für die Republika Srpska.



Damit sind es erneut die Ängste und Interessen der jeweiligen ethnischen Gruppe, die für die Wählermobilisierung heraufbeschworen werden. Vitale Themen wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, Renten- und Krankenversicherung oder Bildung treten in den Hintergrund. Dies hat wiederum dazu geführt, dass die Bevölkerung von ihren Politikern enttäuscht und über die Stagnation im Land verbittert ist. Abgesehen von dem Wunsch, EU-Mitglied zu werden, fehlt der Bevölkerung nach wie vor eine verbindende Vision über die Zukunft des Staates. So ist in den vergangenen Jahren die Wahlbeteiligung drastisch zurückgegangen. Besonderes Augenmerk wird bei diesen Wahlen auf die Beteiligung der Unter-30-Jährigen zu legen sein, denn zwischen 2002 - 2004 sankt deren Beteiligung von 14% auf unter 10%.

Während die sozialdemokratische SNSD aller Voraussicht nach aus den Wahlen in den RS mit absoluter Mehrheit herausgehen wird, ist die Situation in der Föderation noch ungeklärt. Zwar wird die SDA, deren verstorbener Vorsitzender Alija Izetbegovic als Gründer Bosnien-Herzegowinas gilt, wohl immer noch die Mehrheit der Stimmen der Bosniaken erhalten, doch bei den Wahlen zum bosniakischen Präsidiumsmitglied kündigt sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem SDA-Vorsitzenden Tihic und dem SBuH-Vorsitzenden Silajdzic an.

Die Oktoberwahlen haben eine zentrale Bedeutung, da das Balkanland vor historischen Reformen steht und das internationale Engagement mit der für den 30. Juni 2007 geplanten Schließung des OHR eine neue, beratende Form annehmen wird. Der Reform-Weg Bosnien und Herzegowinas hat zudem seit 25. November 2005 ein deutliches Ziel erhalten, denn mit der Aufnahme der Verhandlungen mit der EU um ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen hofft man bald die erste Hürde der EU-Annäherung zu nehmen. Langfristig soll aus dem komplexen und fragilen Staat mit dreizehn Regierungen ein funktionsfähiger, demokratischer Rechtsstaat werden, der international Modellcharakter aufgrund seiner ethnischen, religiösen und kulturellen Vielfalt besitzen kann. Ob der derzeit stark behinderte Reformprozess nach den Wahlen dynamisch fortgesetzt werden kann, hängt von dem Ausgang der Wahlen ab. Sollte sich der derzeitige Eindruck einer starken Polarisierung zwischen der Föderation und der RS bestätigen, könnte sich nicht nur die Regierungsbildung verzögern sondern auch die Reformagenda ins Wanken geraten und damit auch der Zeitplan der Schließung des OHR und die Annäherung an die euro-atlantische Strukturen.

Während sich die Vertreter der Internationalen Gemeinschaft bei diesen allgemeinen Wahlen mit Wahlempfehlungen zurückhielten – noch vor vier Jahren trat der Hohe Repräsentant, Lord Ashdown, dezidiert für einen Machtwechsel und die Unterstützung der sozialdemokratischen Parteien ein – darf der Einfluss der Religions- und Kirchenvertreter erneut nicht unterschätzt werden. Obwohl sich Bosnien und Herzegowina als säkularer Staat versteht, sind sowohl die islamische Glaubensgemeinschaft, die serbisch-orthodoxe Kirche als auch die katholische Kirche zentrale Identitätsstiftende aber auch gesellschaftstrennende Schlüsselfaktoren. Vor den ersten Wahlen mit Mehrparteiensystem in BuH, 1990, verstanden sich die Kirchen- und Religionsgemeinschaften als politisch legitimisierte Akteure, um für die Bedürfnisse der drei Bevölkerungsgruppen BuHs einzutreten. Im Krieg wurden sie dann zu stark umstrittenen Akteuren und die Religion für politische Ziele missbraucht. Auch heute noch ist das Verhältnis zwischen Religion und Politik problematisch. So zählt das Oberhaupt der islamischen Glaubensgemeinschaft, Reis Cerić, zu den Gründern der SDA und versucht auf diese Einfluss zu nehmen. Ebenso werden religiöse Symbole gerne von Parteien im Wahlkampf aufgegriffen und auf Parteikongressen sind Vertreter der Religionen anwesend.

Am deutlichsten ist der Einfluss der islamischen Glaubensgemeinschaft im Wahlkampf 2006. Zwar beschloss der Rijaset, das höchste Organ der islamischen Gemeinschaft in BuH, am 1. September, dass Religionsveranstaltungen nicht für Werbung politischer Parteien oder Kandidaten genutzt werden dürfen, doch am 8. September folgte ein politisches Manifest: In zehn Forderungen wird u.a. die Verabschiedung einer „europäischen Verfassung“, der Bau der Autobahn, Korridor 5C (bis 2013) und sogar der EU-Beitritt bis 2012 gefordert. Pläne, die denen von Silajdzic (SBuH) ähneln. Politisches Engagement und Einflussnahme auf den Wahlausgang ist auch bei der katholischen Kirche zu beobachten. So wurde am 22. März das Vorhaben der Verfassungsreform von der Bischofskonferenz strikt abgelehnt, was zur Spaltung der HDZ BuHs und letztendlich auch zum Scheitern der Reform beitrug. Somit können die Kirche und die neue HDZ 1990 in starker Verbindung gesehen werden: berief sich die HDZ 1990 doch auf die ablehnende Position der Kirche, als die Abgeordneten dieser neuen Partei im Parlament die Gesetzesverabschiedung verhinderten. Im Aufruf der Bischofskonferenz am 9. Juni an die Gläubigen kann ebenfalls eine unterschwellige Kritik am HDZ BuH Parteivorsitzenden Covic gelesen werden. Eine größere Nähe zur Ende März neu gegründeten HDZ 1990 wird ebenso aus Grußworten Kardinal Puljic's und des Franziskaner-Provinzials, Dzolan, zur Wahlveranstaltung des kroatischen Wahlbündnisses am 2. September deutlich. Im Unterschied dazu hat die serbisch-orthodoxe Kirche keine die Wahlen betreffende Erklärung abgegeben und ist größtenteils passiv.

Auch die Rolle der Medien im Wahlkampf ist hervorzuheben. Die Nähe einzelner Blätter zu Spitzenkandidaten könnte nicht deutlicher und die Berichterstattung über die Parteien und Kandidaten nicht unterschiedlicher sein. So wurden Nachrichten unterschlagen, falsch dargestellt oder unverhältnismäßig behandelt. Auch verzerrten die regelmäßigen Schein-Wahlprognosen der Zeitungen die Aussichten im Wahlkampf.